

Es geht nicht nur um das Aufstellen von Kandidaten

Die seit Jahren erfolgreiche Veranstaltungsreihe der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für „Mehr Demokratie in Thüringen“ wird mit einer Fachtagung zum Thema „Mehr Demokratie beim Wählen“ am 8. Juni im Landtag fortgesetzt. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Wahlen sind das zentrale Element unserer repräsentativen Demokratie. Das Volk, von dem alle Staatsgewalt ausgehen soll, wählt aus seiner Mitte Abgeordnete seines Vertrauens. Ihnen wird das Mandat übertragen, für das Volk und in seinem Interesse zu handeln. Die nächste Landtagswahl wird 2019 sein. Auf dem Weg dorthin kann es nicht nur darum gehen, Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen. Die Koalition hat sich auch vorgenommen, zu fragen, wie das Wahlrecht ausgebaut, wie der Einfluss der Bürgerinnen und Bürger erweitert und gestärkt werden kann.

Hier gibt es eine Menge Vorschläge, nicht zuletzt die von Mehr Demokratie e.V. Es ist an der Zeit, den Diskurs über das Landtagswahlrecht in Thüringen zu eröffnen, damit eventuelle Reformen noch vor der Landtagswahl greifen können.

Es hat Tradition, einmal im Jahr gemeinsam mit dem Mehr Demokratie-



Fachtagung

Mehr Demokratie beim Wählen

Donnerstag, 8. Juni 2017
Erfurt, Thüringer Landtag



Bündnis ein Thema intensiver zu diskutieren, diesmal also: das Wahlrecht. Präsentiert und diskutiert werden konkrete Vorschläge. Die Veranstaltung findet in der Zeit von 14 bis 19 Uhr im Landtag in Erfurt, Jürgen-Fuchs-Straße 1, Funktionsgebäude, Raum F 125/125a statt.

Das Programm

Nach der Begrüßung durch Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“, gibt es einen Vortrag zum Thema „Die Krise der repräsentativen Demokratie. Wie weiter?“ von Prof. Dr. Herrmann Heußner, Osnabrück. Ralf-Uwe Beck wird sich im Anschluss näher mit dem Kumulieren und Panaschieren beschäftigen. Kumulieren heißt die Möglichkeit, einem Kandidaten mehrere Stimmen zu geben, panaschieren meint die Variante, seine Stimmen auf die Kandidaten mehrerer Parteien zu verteilen.

Weitere Referenten des Nachmittags sind: Dr. Björn Benken, Aktion Wahlforum. Sein Thema „Die weiße Stimme. Lieber Protest als gar nicht wählen?“ Und Prof. Dr. Silke Lasowski spricht zu „Frauen und Männer. Parité in den Parlamenten?“

Im Podium der Abschlussdiskussion unter dem bewährten Motto „Demokratie ist kein Sofa“: Susanne Hennig-Wellsow, MdL (DIE LINKE), Dorothea Marx, MdL (SPD), Dirk Adams, MdL (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), und Ralf Uwe Beck, Mehr Demokratie.

Dem seit 1998 bestehenden Mehr Demokratie-Bündnis in Thüringen gehören 21 Gewerkschaften, Vereine, Verbände und Parteien an, darunter LINKE, SPD und GRÜNE.

Bestehende und bewährte Sparkassen- und Förderstrukturen bleiben unverändert.

Mike Huster,
finanzpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE.



Die Finanzpolitiker der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag verweisen auf die beabsichtigten Regelungen für die Sparkassen im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform.

Nach den Vorstellungen der Landesregierung, die im Referentenentwurf für das Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte formuliert sind, werden zukünftig in einem Landkreis auch mehrere Sparkassen möglich sein. Der vorliegende Referentenentwurf sieht ausdrücklich keinen Zwang zu einer Fusion von Sparkassen innerhalb der neu gebildeten Landkreise vor. Für zukünftig eingekreiste Städte werden in Bezug auf die Sparkassenträger-

schaft besitzstandswahrende Regeln vorgeschlagen. „Mit den vorliegenden Formulierungen zu den Sparkassen beweist die Landesregierung ein gutes Fingerspitzengefühl in diesem vor Ort oft heiß diskutierten Thema. Bestehende und bewährte Sparkassen- und Förderstrukturen bleiben unverändert erhalten“, betont Mike Huster, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Der Finanzpolitiker der SPD-Fraktion, Dr. Werner Pidde, verwies darauf, dass sich Thüringen mit den beabsichtigten Regelungen für die Sparkassen am Bundesland Hessen orientiere: „Es gibt keinen zwingenden Grund dafür, dass es in einem Landkreis nur eine Sparkasse geben darf. Allerdings dürfen sich die Geschäfts-

gebiete der Sparkassen auch zukünftig nicht überschneiden, was ich ausdrücklich begrüße.“

„Mit dem Vorschlag straft die Landesregierung all diejenigen Lügen, die sich ändernde Sparkassenstrukturen als Argument gegen die Gebietsreform missbrauchen wollten. Das schafft die gebotene Klarheit“, begrüßte auch Olaf Müller, finanzpolitischer Sprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Vorschlag, der mit der signalisierten Zustimmung der Finanzer aller drei Regierungsfaktionen gute Chancen auf Realisierung hat.

Informiert

von MdL Steffen Dittes

Kennzeichnungspflicht bei Thüringer Polizei

Die Thüringer LINKE forderte schon lange die Einführung der Kennzeichnungspflicht für geschlossene Polizeieinsätze. Wir konnten auch SPD und GRÜNE von den Vorteilen einer solchen Kennzeichnung überzeugen. Dazu gehören mehr Transparenz im polizeilichen Handeln, Bürgernähe und öffentliche Kontrolle.

Pünktlich zur Halbzeit der rot-rot-grünen Regierungskoalition wurde das Vorhaben umgesetzt. Es bewährte sich erstmals bei den Einsätzen, die wegen des Aufmarsches von Neonazis und der bürgerschaftlichen Proteste dagegen am 1. Mai in Gera stattfanden. Eine Hundertschaft der Thüringer Bereitschaftspolizei war mit der der individualisierten Kennzeichnung ausgestattet. Mit der Länderkennung (TH) und fünf Ziffern wird sowohl dem Schutzbedürfnis der Beamten Rechnung getragen, als auch der rechtlich gebotenen individuellen Zuordnung von Handlungen. Erst in begründeten Fällen, etwa bei Vorliegen eines Verdachtes auf Straftaten oder Dienstvergehen, wird in Verfahren die ermittelte oder durch Zeugen angegebene Kennzeichnung unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben bei der Landespolizei repersonalisiert.

Die Kennzeichnung fördert die Fehlerkultur innerhalb der Polizei und verhindert bei Fehlverhalten einzelner, nicht identifizierter Beamter, dass die Polizei in Gänze unter Generalverdacht gerät. Damit erfährt die Akzeptanz polizeilichen Handelns eine Stärkung und Rechtsverstöße können individuell überprüft und verfolgt werden.

Die Umsetzung zeigt: „Links wirkt“ auch in der praktischen Politik und es ist möglich, in einer rot-rot-grünen Koalition Akzente einer bürgerrechtsorientierten Sicherheitspolitik zu setzen.

Steffen Dittes ist innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in
UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.